

STAATEN UND EINSTEILEN IM WANDEL



Mittel- und Osteuropa 30 Jahre nach
dem Fall der Berliner Mauer

© 2019 Open Society Foundations

Diese Publikation ist als PDF auf der Open Society Foundations Website unter einer Creative Commons Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt, sofern sie den Open Society Foundations zugerechnet wird und für nicht-kommerzielle Bildungs- oder öffentliche Politikzwecke verwendet wird. Fotos dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.



Autorin: Lan Bui-Wrzosińska

Fotonachweis: © Daniel Mihailescu/AFP/Getty

Eine Frau schwenkt eine europäische Flagge bei einem Protest gegen Korruption in Bukarest, Rumänien, am 26. November 2017

Inhalt

Zusammenfassung	2
Einleitung	4
Die Demokratie in der aktuellen Wahrnehmung: ein hohes Maß an Unsicherheit und ein Gefühl der Bedrohung	6
Angst vor Repression	8
Vergleich der wirtschaftlichen Situation der Befragten heute und im Jahr 1989	9
Eine Vertrauenskrise?	12
Skepsis und Misstrauen: der kritische Bürger?	12
Die Zivilgesellschaft	13
Positive Akteure	13
Soziale Gerechtigkeit und Solidarität	14
Die neue Generation	16
Digital Natives	16
Generation Z und die Medien	17
Ist die Angst vor der Emigration größer als die Angst vor der Immigration?	19
Demokratie, zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivismus	20
Schlussfolgerungen	25
Methodik	26
Quantitativer Teil	26
Qualitativer Teil	26

Zusammenfassung

Der Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 läutete die Öffnung des Eisernen Vorhangs und das Ende des Kommunismus in der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Staaten des damaligen Ostblocks ein und sorgte für einen fundamentalen Wandel in Europa.

Drei Jahrzehnte später begehen die europäischen Demokratien diesen Jahrestag inmitten einer tiefen Vertrauenskrise. Die liberalen Werte, durch die der Kommunismus de facto bezwungen wurde, werden von einem zunehmenden Populismus bedroht, und das Misstrauen gegenüber wichtigen Institutionen nimmt zu.

Dieser kurze Bericht, der auf Forschungsergebnissen von YouGov basiert und von den Open Society Foundations in Auftrag gegeben wurde, untersucht die aktuelle Stimmungslage in den Ländern, die von den Ereignissen des Jahres 1989 am stärksten betroffen waren. Wir gehen dabei insbesondere der Frage nach, wie die Menschen in Mittel- und Osteuropa auf 1989 zurückblicken und welche Relevanz dieses geschichtsträchtige Jahr nach wie vor für Demokratien und für politisches Engagement hat – sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die jüngste Generation und ihre politisch aktiven Vertreter*innen und stellen ihre Ansichten den Sichtweisen der Dissident*innen von 1989 gegenüber.

UNSERE ERGEBNISSE LASSEN SICH IN EINER REIHE ALLGEMEINER
BEOBACHTUNGEN ZUSAMMENFASSEN:

Das Maß an Misstrauen der Bürger*innen in Mittel- und Osteuropa gegenüber ihren Regierungen ist alarmierend und wird durch weit verbreitete Unsicherheiten bezüglich des Zustands der demokratischen Systeme sowie einem vorherrschenden Gefühl relativer Deprivation seit 1989 befördert. Es scheint, als stünden einige der Freiheiten, die 1989 erkämpft wurden, heute unter Druck. Das Vertrauen in die etablierte Politik und die etablierten Medien schrumpft, während die Anziehungskraft nationalistisch ausgerichteter Parteien und autoritärer Politiker*innen zunimmt. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit einem globalen Trend, der sich in den meisten westlichen Gesellschaften, insbesondere in Frankreich, im Vereinigten Königreich und in Italien, vollzieht.^{1,2} In Mittel- und Osteuropa ist dieser Trend jedoch stärker ausgeprägt, wie sich am Beispiel Polens und Ungarns zeigt: Die Europäische Union hat aufgrund von Ver-

stößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags eingeleitet, da die Meinungsfreiheit in den beiden Ländern inzwischen so weit eingeschränkt, dass viele Menschen potenzielle staatliche Repressionen befürchten.

Parallel zum Anstieg des Populismus und einer Verschärfung des politischen Klimas scheinen sich jedoch ein beharrlicher Widerspruchsgeist sowie die Bereitschaft zu halten, sich den Machthabenden entgegenzusetzen. In der Slowakei, der Tschechischen Republik und Rumänien schlossen sich Zehntausende den Massenprotesten gegen Korruption auf höchster Regierungsebene an, in Bulgarien finden Proteste gegen die Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts durch die Regierung statt, und seit die konservative Recht und Gerechtigkeit (PiS) Partei vor vier Jahren in Polen die Alleinregierung

¹ Pew Research Center, 15. Oktober 2019, *European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism*

² https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_2019_european_election

übernommen hat, halten sowohl Kritiker*innen als auch Unterstützer*innen der Regierung nahezu täglich Demonstrationen in der Hauptstadt ab. Auch in Ungarn, der selbst ernannten „Bastion illiberaler Werte“, erlitt die regierende Ungarische Bürgerbund (Fidesz) Partei bei den lokalen Wahlen in Budapest im Oktober eine Niederlage, obwohl sie die Medien und die Schalthebel der Macht fest im Griff hat. Schließlich gingen in Berlin im September Schätzungen zufolge 270.000 Menschen im Rahmen des globalen Klimastreiks auf die Straße. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse steht das Ergebnis unserer Befragung, dass der Score für bürgerschaftliches Engagement—unabhängig von der politischen Mobilisierung—in den meisten untersuchten Ländern äußerst hoch ist und über zwei Dritteln der Bevölkerung entspricht. Interessanterweise scheint dieser Trend in den Ländern Osteuropas am stärksten ausgeprägt, was eine Kommentatorin veranlasste zu titeln: „Eine neue Welle an Dissidenten im Osten könnte eine Umkehr der populistischen Strömungen in Europa bewirken“.³

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Zivilgesellschaft dort, wo das Establishment die Bürger im Stich gelassen hat, als vertrauenswürdige Äquivalente wahrgenommen wird. In der Tat werden Wohltätigkeitsorganisationen, Organisationen des Gemeinwesens und in einem gewissen Maß auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in allen untersuchten Ländern als „positive Akteure“ wahrgenommen, die mehr Freiraum für Kritik an der Regierung haben und ihre Unabhängigkeit vom Staat wahren sollten. Dies trotz den massiven Angriffen auf wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den letzten Jahren in einigen Ländern erfolgten. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass

die Befragten akademische Einrichtungen fast einstimmig als positive Akteure anerkannten, was darauf hindeutet, dass sich die Bürger*innen im postfaktischen Zeitalter möglicherweise von den etablierten Medien abwenden und stattdessen zunehmend auf Experten, Intellektuelle und Wissenschaftler vertrauen.

Unsere Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass die jüngste Generation, die „Digital Natives“ der Generation Z, eine ganz besondere Avantgarde darstellt. Die Angehörigen dieser Generation, die in der Zeit nach der globalen Finanzkrise herangewachsen sind, haben bemerkenswerte Fähigkeiten zur effektiven Mobilisierung, zur Navigation der Informationslandschaft und zur Nutzung des Potenzials der sozialen Medien. Sie sind selbstbewusst und überzeugt davon, dass sie einen Beitrag zu tief greifenden Veränderungen leisten können. Ihre breit gefasste Auffassung von Gerechtigkeit setzt – im Vergleich zu vorherigen Generationen – deutlich stärker auf die Inklusion ethnischer Minderheiten, von LGBTQ-Gruppen, Geflüchteten und Migranten. Genau diese Generation könnte den Ländern Mittel- und Osteuropas jedoch durch den Braindrain verloren gehen, der augenscheinlich eine große Lücke in der dortigen Bevölkerung hinterlässt. Des Weiteren zeigen unsere Ergebnisse, dass es innerhalb dieser im Wachsen begriffenen jüngsten Generation vor allem Frauen sind, die positive Veränderungen vorantreiben. Sie machen sich deutlich mehr Sorgen um die Zukunft ihrer Demokratien und der Menschenrechte, zeigen mehr Toleranz und Einfühlungsvermögen gegenüber Minderheiten und bringen sich stärker in die Zivilgesellschaft ein als Männer. Darüber hinaus haben sie mehr Vertrauen in ihre Fähigkeit, tief greifende Veränderungen herbeiführen zu können.

3 N. Nougayrède (2018), „A New Wave of Dissidents in the East Can Turn Back Europe’s Populist Tide“, *The Guardian*, 22. November

Einleitung

Heute, im Jahr 2019, sind die Grundlagen der Demokratie in vielen Ländern auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs gefährdet.

Der Anstieg des Populismus, die wirtschaftliche Ungleichheit und ein weit verbreiteter Verlust an Vertrauen in demokratische Institutionen geben berechtigten Anlass zur Sorge. Doch der Jahrestag des Berliner Mauerfalls erinnert uns auch daran, dass Frustration, Not und Unzufriedenheit mit dem Status quo auch Impulse für wichtige – oftmals unerlässliche – gesellschaftliche und politische Veränderungen geben können. Diese Veränderungen liegen oft in den Händen der wenigen Menschen, die sich aktiv einbringen, die Widerstand leisten und – voller Angst oder furchtlos – für eine bessere Zukunft kämpfen.

Im Vorfeld des 30. Jahrestags des Falls des Eisernen Vorhangs haben wir die Stimmungslage in den Ländern eingefangen, die von den Ereignissen des Jahres 1989 am stärksten betroffen waren. Insgesamt wurden für diesen Bericht mehr als 12.000 Menschen aus Bulgarien, der Tschechischen Republik, Deutschland, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei befragt.

Wir präsentieren zudem Einblicke in die „Sicht der Aktivist*innen“, die wir bei Gesprächen mit den teilnehmern*innen von Fokusgruppen in den untersuchten Ländern gewannen. Bei den Gruppenteilnehmer*innen handelte es sich ausschließlich um politisch aktive Menschen

mit unterschiedlichen politischen Hintergründen und Zugehörigkeiten, von denen sich einige bereits 1989 engagiert hatten, während andere jüngeren Generationen von Aktivist*innen angehörten. Unser Interesse an einem Vergleich zwischen aktivem politischen Engagement heute und im Jahr 1989 ist eng verknüpft mit der finanziellen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen in den untersuchten Ländern – mit Ausnahme Deutschlands – durch die Open Society Foundations in den vergangenen drei Jahrzehnten.

In diesem Bericht werfen wir einen gesonderten Blick auf die jüngste Alterskohorte, Generation Z, eine neue aufstrebende Generation, die bereits jetzt fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Aktionen für mehr Klimaschutz, die in den vergangenen Monaten überall in Europa stattfanden, zeigen ganz klar, dass diese Generation Menschen in einem bisher unerreichten Maß für eine Sache mobilisieren kann und bereit ist, tief greifende Veränderungen anzustoßen. Daher beschäftigen wir uns in diesem Bericht mit der Frage, wie diese Generation mit dem Erbe von 1989 umgeht, und welchen Herausforderungen die Demokratien in Mittel- und Osteuropa heute gegenüberstehen.

ZEITLICHE EINORDNUNG DER IM BERICHT ERWÄHNTEN GENERATIONEN

Stille („Silent“) Generation: 1927-1946	Ältere Millennials: 1981-1985
Babyboomer: 1946-1965	Jüngere Millennials: 1984-1997
Generation X: 1965-1981	Generation Z: 1997-+*

“Die Atmosphäre war überwältigend, aber es gab auch eine subtile Angst, nicht zu wissen, was als nächstes passieren würde.”

- Ostdeutsche*r Aktivist*in

DIE SICHT DER AKTIVIST*INNEN

„Es hatte keinen so großen direkten Einfluss auf uns. Es war nur ein Steinchen im Mosaik des Übergangs vom Kommunismus zur Demokratie.“

- Tschechische*r Aktivist*in

„Über den Fall der Mauer habe ich aus den Nachrichten im Fernsehen erfahren. Also gingen wir am nächsten Tag hin, um uns selbst davon zu überzeugen, und tatsächlich hatten wir das erwartet - ich war in der DDR gewesen und hatte die leeren Regale gesehen; die DDR war erledigt.“

- Westdeutsche*r Aktivist*in

„Der Fall der Berliner Mauer war ein symbolisches Ende eines Prozesses, der in unserem Land begann.“

- Polnische*r Aktivist*in

„Der Fall der Berliner Mauer hatte einen guten Einfluss auf uns ... wir sahen, dass es möglich ist, den Kommunismus aus unserem Land zu entfernen. Wir sahen, dass die Russen nicht mit ihren Panzern kamen und deshalb hatten wir den Mut, es selbst zu tun.“

- Rumänische*r Aktivist*in

Alle Fokusgruppen bestanden zur Hälfte aus älteren Menschen, die zum Zeitpunkt des Falls der Berliner Mauer aktiv engagiert waren, was ihrer Stimme Gewicht verleiht, wenn es darum geht, die Bedeutung dieses Ereignisses für das gesellschaftliche Engagement zu bewerten. Die Fokusgruppe in Deutschland umfasste Menschen aus dem ehemaligen West- bzw. Ostteil Berlins. Für Erstere war der Mauerfall zwar ein wichtiges geschichtliches Ereignis, hatte jedoch weniger einschneidende Folgen, während Letztere dem damaligen Geschehen eine herausragende Bedeutung beimessen. Betrachtet man die Auswirkungen des Mauerfalls über Berlin hinaus sowie die nachfolgenden Entwicklungen, ergibt sich ein differenzierteres Bild.

Die Befragten, die zur Zeit des Niedergangs des Kommunismus in Bulgarien lebten, stimmten darin überein, dass der Fall der Mauer zunächst kaum zu Veränderungen führte. Für sie war das Ende des Kommunismus erst mit dem Rücktritt der von den Sozialisten geführten Regierung unter Zhan Videnov besiegelt, der nach weit verbreiteten Protesten im Februar 1996 erfolgte. Die Befragten in Bulgarien halten zivilgesellschaftliche Organisationen heute zwar für deutlich stärker und einflussreicher, sprechen ihnen aber dennoch das

Potenzial ab, umfassende Veränderungen herbeizuführen. Als Grund führen sie einen Mangel an großen Themen an, hinter denen sich das ganze Land vereinen könnte. Zudem herrschte die Befürchtung, dass diese Organisationen auf die eine oder andere Weise vom Staat manipuliert oder unterwandert sein könnten, möglicherweise mit dem Ziel, sie zu sabotieren.

In Rumänien, Ungarn und der Slowakei zeigt sich ein ähnliches Narrativ: Der Fall der Mauer in Berlin wird zwar für sich genommen als wichtiges Ereignis angesehen, zugleich aber in einen größeren Prozess des Übergangs zur Demokratie eingeordnet. In Rumänien wird der gewaltsame Sturz des Ceaușescu-Regimes im Jahr 1989 als wesentlich bedeutsamerer Ausdruck der Macht in den Händen des Volkes gewertet als die Öffnung der Berliner Mauer, die letztlich von der DDR-Regierung selbst angeordnet wurde – wenn auch unter dem Druck der zunehmenden öffentlichen Proteste.

Ähnlich ist die Situation in Ungarn, wo historischen Ereignissen, die dem Fall der Mauer vorangingen, eine höhere Bedeutung beigemessen wird. Auch Polen hatte bereits zuvor den Aufstieg der Solidarność-Bewegung erlebt, weshalb der Mauerfall eher als Teil einer Kette von Ereignissen wahrgenommen wird und weniger als einzelner Impuls für Veränderungen. Die Befragten gaben jedoch auch an, dass Teile der Gesellschaft in ihrem Land nicht auf den Übergang zum Kapitalismus vorbereitet waren, was eine Zunahme von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zur Folge hatte und Egoismus und Besitzgier auftrieb verlieh.

Die Befragten in der Slowakei wiesen dem Fall der Mauer eine sehr große Bedeutung zu, da er den Sturz der kommunistischen Regierung durch das Volk einläutete und eine umfassende, tief greifende Veränderung der staatlichen Strukturen mit sich brachte. Eine derartige Entwicklung hat sich in der Slowakei seither nicht erneut vollzogen, doch die Befragten scheinen optimistisch, dass sich ein solches Geschehen wiederholen könnte.

In der Tschechischen Republik hingegen sprachen die Befragten dem Mauerfall im Hinblick auf den Übergang zur Demokratie eine wesentlich geringere Bedeutung zu als der Samtenen Revolution.

Die Demokratie in der aktuellen Wahrnehmung: ein hohes Maß an Unsicherheit und ein Gefühl der Bedrohung

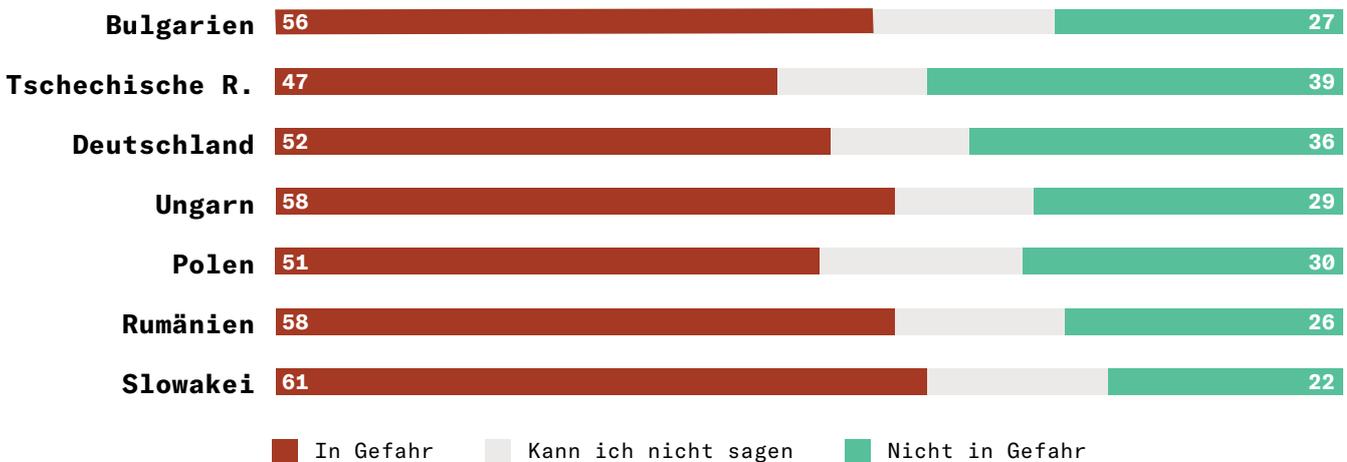
Die Ergebnisse sind alarmierend: Nur einer von vier Befragten über 40 Jahren hält die Welt heute für sicherer als im Jahr 1990.

Doch nicht nur der Sicherheitsaspekt gibt Anlass zur Sorge. Eine Mehrheit der Befragten gab an, die Demokratie im eigenen Land für gefährdet zu halten. Insbesondere in der Slowakei (61%) wird diese Gefahr gesehen, gefolgt von Ungarn (58%), Rumänien (58%) und Bulgarien (56%). Die ältere, sogenannte „stille“ Generation der vor 1946 Geborenen ist in diesem Punkt besonders pessimistisch: 81 Prozent der Befragten in Bulgarien und jeweils 63 Prozent der Befragten in Polen und Rumänien, die dieser Generation angehören, halten die Demokratie für gefährdet. Ganz allgemein teilt jedoch jeweils die Mehrheit der untersuchten Generationen diese Ansicht (55% der Generation Z, 54% der Millen-

nials, 54% der Generation X und 56% der Babyboomer).

Bei der Antwort auf die Frage, ob Wahlen in Mittel- und Osteuropa frei und fair seien, zeigten sich einige auffällige Unterschiede. So denkt nur etwa ein Drittel (34%) der Befragten in Polen, dass Wahlen nicht frei und fair. Gleichzeitig gibt es große Bedenken hinsichtlich der Änderungen des Wahlsystems, die von der Regierungspartei PiS (für Prawo i Sprawiedliwość, „Recht und Gerechtigkeit“) eingeführt wurden und die von Organisationen wie Freedom House heftig kritisiert werden.⁴ In Ungarn, wo in den Medien im Wahlkampf stark zu Ungunsten der Opposition berichtet wird,⁵ hält

SIND SIE DER ANSICHT, DASS DIE DEMOKRATIE IN IHREM LAND IN GEFAHR IST?



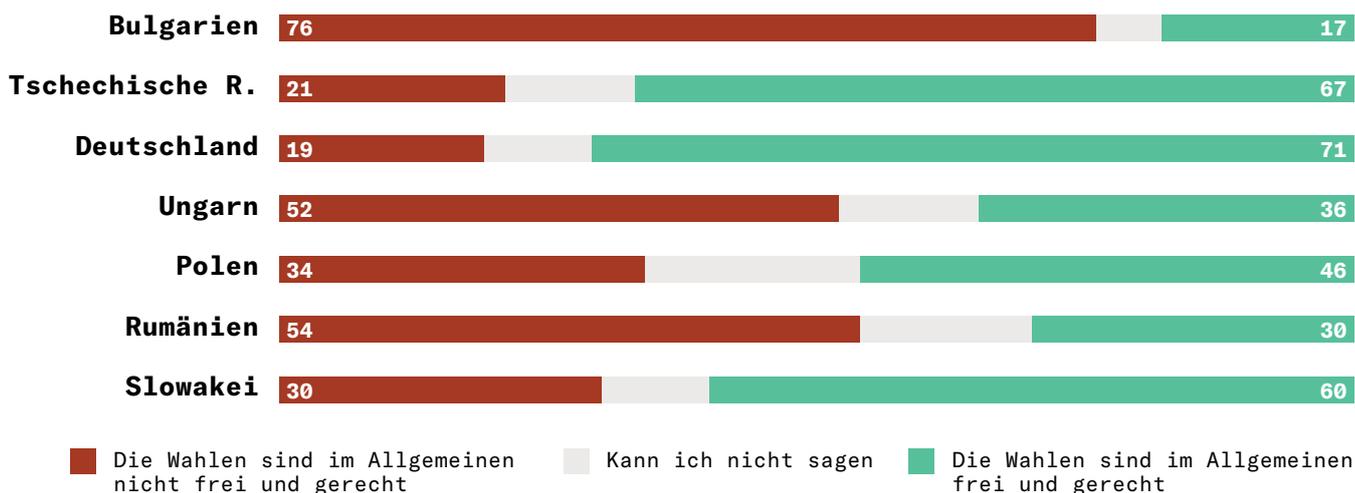
„Es ist schwierig, irgendetwas zu beeinflussen. Die Vorstellung, dass man etwas ändern kann, ist falsch. Wir haben eine gefakte Demokratie.“

- Polnische*r Aktivist*in

⁴ <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/poland>

⁵ <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2018/02/07/why-the-media-helps-make-hungarian-elections-so-predictable/>

SIND DIE WAHLEN IN IHREM LAND IHRER ANSICHT NACH IM ALLGEMEINEN FREI UND GERECHT?



„Wir wählen, aber ich vertraue den Ergebnissen nicht.“

- Rumänische*r Aktivist*in

nur etwa die Hälfte der Befragten (52%) die Wahlen für frei und gerecht. Bemerkenswert ist, dass in Deutschland rund ein Fünftel der Befragten nicht daran glaubt, dass Wahlen frei und gerecht sind – obwohl das Wahlverfahren klar positive Bewertungen erhält, insbesondere auch im Rahmen des Electoral Integrity Project.⁶ In Bulgarien war die Einstellung am negativsten: Über drei Viertel der Befragten glauben nicht, dass die Wahlen frei und gerecht sind. In Bulgarien und Rumänien stehen die negativen Bewertungen der Befragten mit den Ratings im Einklang, die diese Länder für die Transparenz ihrer Wahlprozesse erhalten. Im Allgemeinen stimmen diese Ergebnisse mit anderen Daten überein, die zeigen, dass die Menschen in Mittel- und Osteuropa zwar demokratische Werte befürworten, jedoch über die Zukunft ihrer politischen Systeme besorgt sind.⁷

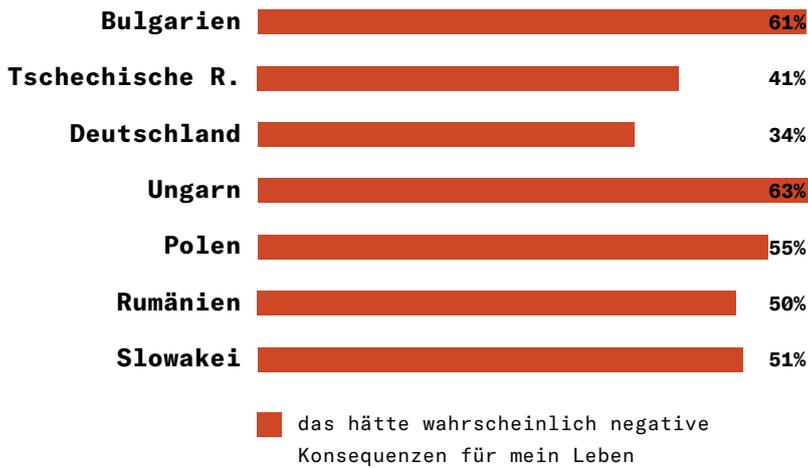
RECHTSSTAATLICHKEIT

In allen Ländern vertreten mehr als 60 Prozent der Befragten die Ansicht, dass die Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land in Gefahr ist (mit Ausnahme von Deutschland, wo es die Hälfte aller Befragten ist). Die größten Bedenken diesbezüglich äußerten die Befragten in Bulgarien (74%), in der Slowakei (70%), in Rumänien (68%) und in Polen (64%). In Ungarn ist die Zahl etwas geringer (59%), obwohl die Europäische Kommission wegen Verstößen gegen die im Gründungsvertrag der EU garantierte Rechtsstaatlichkeit rechtliche Schritte gegen das Land (wie auch gegen Polen) eingeleitet hat. Interessant ist, dass sich die jüngeren Generationen insgesamt große Sorgen um die demokratischen Werte in ihrem Land machen, einschließlich der jüngsten Generation, der generell optimistischen Generation Z. Fast die Hälfte (49%) von ihnen hält die Rechtsstaatlichkeit für gefährdet.

⁶ <https://www.electoralintegrityproject.com>

⁷ Pew Research Center, October 15, 2019, *European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism*.

WÜRDEN ES IHRER ANSICHT NACH NEGATIVE KONSEQUENZEN FÜR IHR LEBEN HABEN, WENN SIE DIE REGIERUNG IHRES LANDES IN DER ÖFFENTLICHKEIT KRITISIEREN WÜRDEN, ODER NICHT?



„Eine Freundin von mir sagte mir, sie sei mit dem, was ich im Internet sagte, vollkommen einverstanden, aber sie sei nicht mutig genug, auf ‚Gefällt mir‘ zu klicken“

- Ungarische*r Aktivist*in

ANGST VOR REPRESSION

In Ungarn gaben fast zwei Drittel der Befragten an, dass sie negative Konsequenzen fürchten, wenn sie die Regierung öffentlich kritisieren würden – dies ist der höchste Wert aller untersuchten Länder. Möglicherweise reflektieren die Antworten den Einfluss des weitreichenden Klientel-Netzwerks der regierenden Fidesz-Partei, das sich neben dem öffentlichen und dem Privatsektor auch über den akademischen und kulturellen Bereich erstreckt.⁸

Etwa die Hälfte der Befragten in Rumänien (50%), Bulgarien (47%) und Polen (48%) hält die Demonstrationsfreiheit für bedroht – trotz der heftigen öffentlichen Proteste, die in den letzten zwölf Monaten in allen drei Ländern stattgefunden haben. Unter jüngeren Menschen herrscht allgemein die stärkste Besorgnis bezüglich ihrer Freiheitsrechte. Eine Mehrheit der Befragten der Generation Z ist der Ansicht, dass die Redefreiheit in ihrem Land in Gefahr ist (52%).

„Ich wollte eine Empfehlung für einen Kandidaten unterschreiben, den ich unterstütze, aber ich hatte Angst, meine persönlichen Daten zur Verfügung zu stellen, da ich nicht wusste, was damit gemacht werden könnte. Ich hatte Angst davor, zu unterschreiben.“

- Rumänische*r Aktivist*in

Vergleich der wirtschaftlichen Situation der Befragten heute und im Jahr 1989

Die Einführung der freien Marktwirtschaft nach 1989 wird in der Regel positiv bewertet: Mehr als die Hälfte der Befragten in zwei der sieben Ländern bewertet den Übergang zur freien Marktwirtschaft als einen Wandel zum Besseren für ihr Land.

Die Zustimmung ist jedoch bei weitem nicht überwältigend, und selbst in Polen, wo sie am höchsten ist, äußerte sich nur etwa die Hälfte (52%) positiv. Allerdings ist nur eine kleine Minderheit (12%) der Ansicht, dass die freie Marktwirtschaft insgesamt schlecht für das Land ist. Diesen Zahlen stehen die Ergebnisse einer kürzlich vorgestellten Pew-Umfrage⁹ gegenüber, bei der 85 Prozent der Befragten in Polen den Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft positiv bewerten und nur 8 Prozent negativ. Möglicherweise ist der stärkere Kontrast darauf zurückzuführen, dass die Fragestellung im Rahmen der Pew-Umfrage auf einen Direktvergleich mit dem Kommunismus abzielte. In Bulgarien schätzte über ein Drittel der Befragten (39%) den Wechsel zur freien Marktwirtschaft negativ ein. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen der Pew-Umfrage, bei der sich 34 Prozent der Befragten in Bulgarien negativ zum Übergang auf die Marktwirtschaft äußerten.

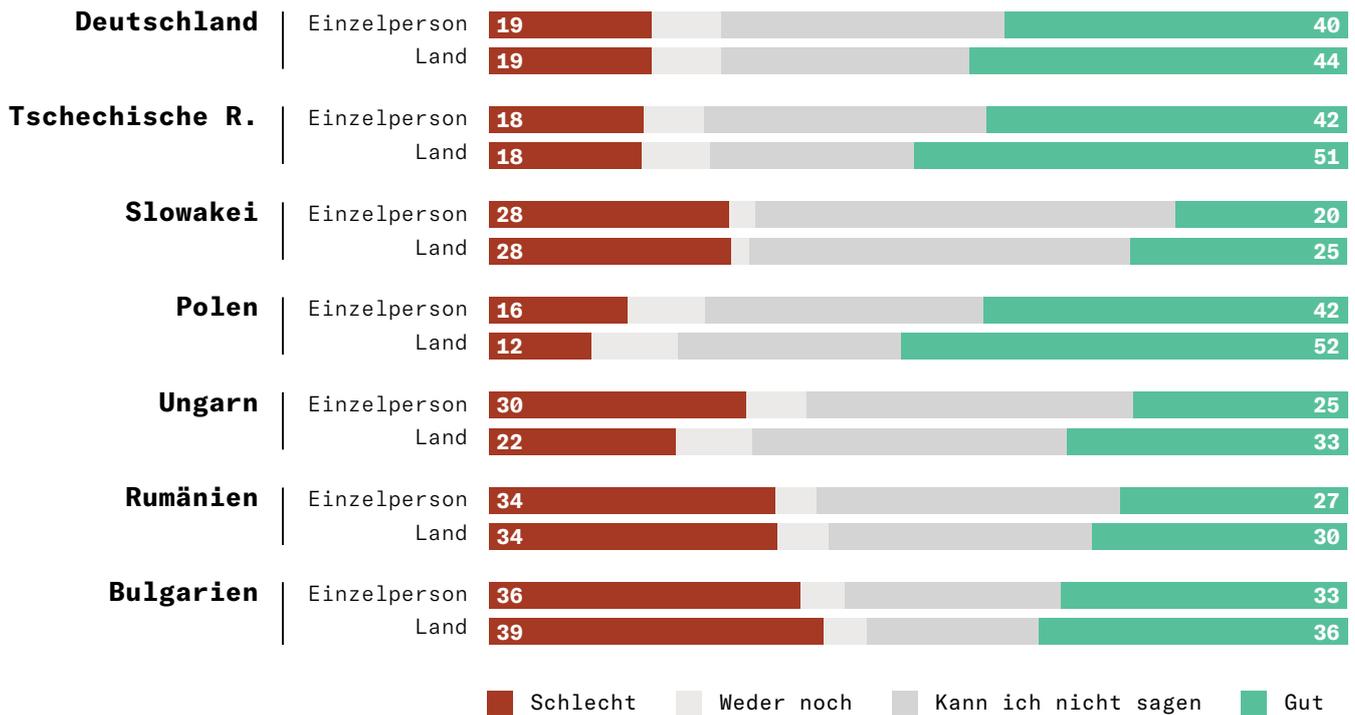
Insgesamt steht der Grad der Zustimmung bzw. der Skepsis im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Verbesserungen, die in den ehemaligen kommunistischen Ländern erzielt wurden: In Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn, also den Ländern, die sich wirtschaftlich am besten entwickelt haben, erfährt die freie Marktwirtschaft höheren Zuspruch als in Rumänien und Bulgarien, die sich nicht vollständig von der globalen Finanzkrise 2008 erholt haben – eine Krise, die das Vertrauen der Menschen in das westliche Modell des Wirtschaftsliberalismus

sicherlich beeinträchtigt hat.

Die Slowakei nimmt hier eine Sonderstellung ein. Das Land verzeichnet mit 33.917 US-Dollar im Jahr 2018 (laut Angaben der Weltbank) das zweithöchste BIP pro Kopf und liegt damit hinter der Tschechischen Republik (39.743 US-Dollar), aber vor Polen (31.342 US-Dollar), Ungarn (30.673 US-Dollar), Rumänien (28.206 US-Dollar) und Bulgarien (21.960 US-Dollar). Die Befragten in der Slowakei äußerten sich bezüglich der Vorteile der Marktwirtschaft jedoch äußerst skeptisch – nur ein Viertel von ihnen bewertete sie als positiv für das Land. Diese Einstellung könnte im Zusammenhang mit weit verbreiteten Ängsten angesichts korrupter Verflechtungen zwischen hochrangigen Politikern und Wirtschaftsvertretern stehen, die 2018, nach der Ermordung des jungen, auf Korruptionsfälle spezialisierten Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová, viele Menschen dazu veranlasste, sich Protesten gegen die Regierung anzuschließen.

Die Antworten auf die Frage, wie sich die Einführung der Marktwirtschaft auf sie selbst ausgewirkt hat, wichen teilweise auffällig von den Antworten ab, die auf die Frage nach den Auswirkungen auf das Land insgesamt gegeben wurden. Mit 42 Prozent bzw. 40 Prozent ist die Zahl derjenigen, die der Ansicht sind, dass sie selbst von der freien Marktwirtschaft profitieren, in Polen und der Tschechischen Republik, den wirtschaftlich stärksten Ländern,

HAT SICH DIE FREIE MARKTWIRTSCHAFT FÜR SIE/FÜR IHR LAND ALS GUT ODER SCHLECHT ERWIESEN?



„Die Korruption bringt uns um.“

- Bulgarische*r Aktivist*in

am höchsten. Diese Zahlen liegen jedoch jeweils unter dem Anteil der Befragten, welche die Auswirkungen auf ihr Land insgesamt als positiv bewerten. Auch hier legen die Befragten in der Slowakei die größte Skepsis an den Tag: Nur 20 Prozent sind der Ansicht, dass sie persönlich von der Einführung der Marktwirtschaft profitiert haben, und dies trotz der relativ hohen Wirtschaftsleistung des Landes. Das Gefühl relativer Deprivation äußert sich in vielen Aspekten. Insbesondere die Mauerfall-Generation bringt Verbitterung zum Ausdruck und fühlt sich von der freien Marktwirtschaft um ihre Hoffnungen und Träume betrogen. Hier herrscht jedoch ein hohes Maß an Ambivalenz – so gaben zwischen einem Drittel und der Hälfte der Befragten an, diese Frage nicht beantworten zu können.

Außer in Ungarn waren Menschen unter 40 Jahren in allen Ländern eher der Ansicht, dass das Land insgesamt von der Marktwirtschaft profitiert hat als Menschen über 40 Jahre. Auch die Auswirkungen der Einführung der Markt-

wirtschaft auf Menschen wie sie selbst schätzten mehr unter 40-Jährige als über 40-Jährige positiv ein, wobei Rumänien eine Ausnahme darstellte.

Insgesamt gab es interessante Unterschiede bei der Einschätzung des Ausmaßes der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dabei überrascht es nicht, dass das Maß an Deprivation, das die Befragten empfanden, stets von der Referenzgruppe abhing, mit der sie sich verglichen. Die konsequenten Diskrepanzen, die sich dabei zeigten, wie die Befragten die Folgen der freien Marktwirtschaft für Menschen wie sie selbst und für das Land insgesamt bewerteten, lassen sich möglicherweise dadurch erklären, dass die bestehende wirtschaftliche Ungleichheit eines Landes einen Einfluss auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Fortschritte in den letzten 30 Jahren hatte.

“Die Menschen sind sich einig, dass es uns im Vergleich zum größten Teil der Welt besser geht, aber im Vergleich zu den Ländern Europas sind wir arm.”

- Bulgarische*r Aktivist*in

Bei den Befragten in Ländern wie Bulgarien und Rumänien schien das eigene Maß an Deprivation zudem stets im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten und nicht nur im Gegensatz zur eigenen wirtschaftlichen Situation vor 1989 bewertet zu werden. Auch die Ergebnisse aus der Slowakei könnten darauf zurückzuführen sein, dass Westeuropa als Referenzgruppe herangezogen wurde.

In diesem Kontext ist ein Blick auf die Antworten aus Deutschland interessant. Bemerkenswerterweise ist weniger als die Hälfte der Befragten in Deutschland (44%) der Ansicht, dass sich die freie Marktwirtschaft insgesamt als positiv

für ihr Land erwiesen hat. Dies könnte ein Ausdruck von Unzufriedenheit mit kostenintensiven Maßnahmen zugunsten anderer Mitgliedsstaaten sein, die sich in gewissem Maße negativ auf das eigene Land ausgewirkt haben. So werden Themen wie die Mitgliedschaft in der Eurozone sowie die Finanzhilfen, die Deutschland anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gewährt, in Deutschland kontrovers diskutiert. Hierbei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die Antworten auf diese Frage nicht darauf hin ausgewertet wurden, ob die Befragten vor dem Mauerfall im kommunistischen Osten des Landes lebten.

„Wir haben an den Ereignissen von 1989 teilgenommen, in der Hoffnung, dass die Dinge für uns besser werden. Aber jetzt sieht es nicht gut aus. Das Land wird von Misserfolgen und Armut geplagt.“

- Bulgarische*r Aktivist*in

DIE SICHT DER AKTIVIST*INNEN

Eines der Themen, das in den Fokusgruppen zur Sprache kam, war die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich. Hier schien ein Zusammenhang zwischen den Themen Korruption und Ungleichheit zu bestehen, und es bestand die Wahrnehmung, dass sich die Machthabenden zulasten der arbeitenden Bevölkerung in die eigene Tasche wirtschaften könnten. In den Gruppen herrschte zudem der Eindruck, dass sich dieses Problem nicht im Laufe der Zeit verringern würde, sondern sich – ganz im Gegenteil – sogar verschlimmern könnte. In Rumänien und teilweise auch in Bulgarien wurde die Armut im weiteren Sinne genannt, die sich sowohl im sehr geringen Lebensstandard als auch in der mangelhaften Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen niederschlägt, was zu einer hohen Auswanderungsquote geführt hat. Hier sollte erwähnt werden, dass diese Ansichten die Tatsache widerspiegeln, dass Rumänien und Bulgarien die höchsten Armutsquoten und die geringsten Pro-Kopf-Einkommen aller EU-Mitgliedsländer aufweisen. Diese Ungleichheiten sind trotz Umsetzung nationaler und europäischer Versuche Armut und soziale Ausgrenzung zu verringern eine deutliche Herausforderung.¹

In ihren Antworten bewerteten die Teilnehmer*innen verschiedene Themen im Hinblick darauf, wie viele Fortschritte ihrer Meinung nach bereits erreicht wurden und wie optimistisch sie waren, dass in der Zukunft weitere Verbesserungen erzielt würden. Viele Teilnehmer*innen waren der Ansicht, dass nicht genug getan wurde und noch großer Verbesserungsbedarf bestünde, wobei die Bewertungen je nach Thema und Land natürlich unterschiedlich ausfielen: So waren die Befragten der Ansicht, dass in Sachen Gleichstellung von Frauen, Arbeitern und LGBTQ-Personen bereits viele Erfolge verzeichnet wurden, während bei Themen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Sektor wie dem Wohnungswesen und der Bildung großer Nachholbedarf besteht. In Bezug auf das Klima herrschte Einigkeit darüber, dass nicht genug unternommen wurde, gepaart mit der Sorge, dass es nun zu spät sei, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen. Dies stimmt mit den Ergebnissen anderer europäischer Studien und der zunehmenden Überzeugung überein, dass in puncto Umweltschutz mehr unternommen werden sollte, selbst wenn dies zulasten des Wirtschaftswachstums geht.²

1 Dobrescu, P., & Durach, F. (2019). Unable to Stop Inequality from Rising: Evidence from Romania. In *Development in Turbulent Times* (pp. 89-101). Springer, Cham.

2 https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_2019_european_election

Eine Vertrauenskrise?

Unsere quantitativen Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Befragten die Vertrauenswürdigkeit der Regierung äußerst skeptisch sieht.

Damit geht häufig ein mangelndes Vertrauen in die etablierten Medien („Mainstream-Medien“) einher. Am wenigsten Vertrauen in die Aussagen der Regierung hatten die Befragten in der Slowakei (72%), in Rumänien (70%), in Bulgarien (69%) und in Ungarn (63%). Selbst in Deutschland gab fast die Hälfte der Befragten an, den etablierten Medien nicht zu trauen (48%), und knapp über die Hälfte hat kein Vertrauen in die Aussagen der Regierung (51%).

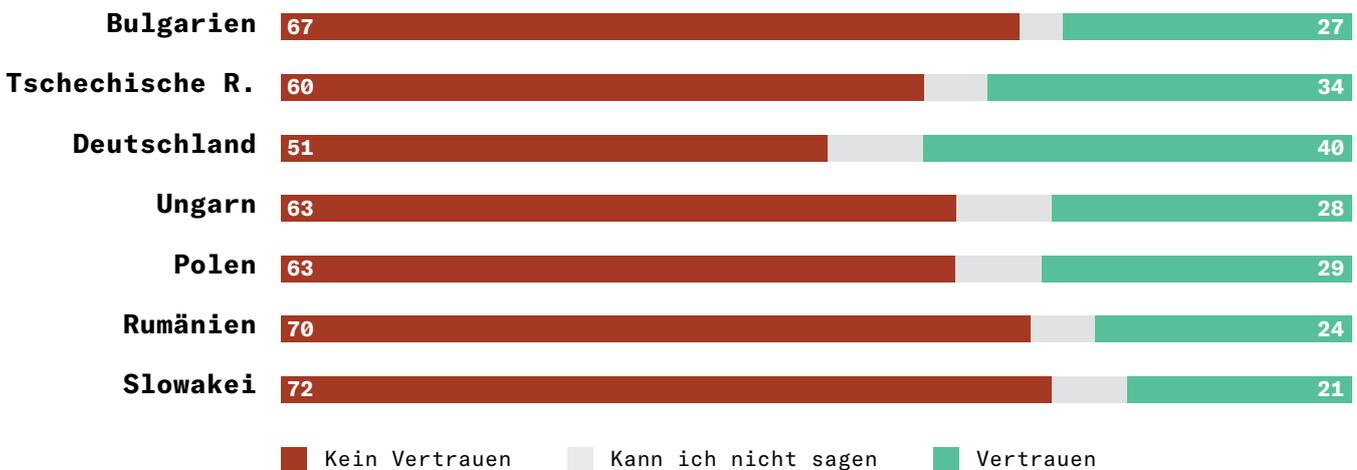
Insgesamt wird den Medien noch weniger Vertrauen geschenkt als der Regierung. Auf die Frage, ob die Medien in ihrem Land in zehn Jahren noch in der Lage sein werden, die Regierung zu kritisieren, antworteten junge Menschen mit größerer Skepsis als die älteren Befragten. Nur in der Slowakei haben junge Menschen mehr Hoffnung als ältere, was die freie Medienberichterstattung in der Zukunft angeht.

In den meisten Ländern sind die älteren Menschen (über 40 Jahre), die sich an den Mauerfall erinnern, eher der Ansicht, dass sich die mediale Berichterstattung in den letzten 30 Jahren verbessert hat.

SKEPSIS UND MISSTRAUEN: DER KRITISCHE BÜRGER?

Unsere Ergebnisse decken sich im Wesentlichen mit anderen genauer aufgeschlüsselten Daten zum Thema Vertrauen in die Regierung und die etablierten Medien¹⁰, die berechtigte Fragen zur Vertrauenswürdigkeit bedeutender Institutionen und anderer Einrichtungen, die den Diskurs prägen, aufwerfen. In diesem Zusammenhang ist der von Pippa Norris angestellte Vergleich zwischen dem Maß an Vertrauen, das Institutionen entgegengebracht wird, und ihrer Vertrauenswürdigkeit¹¹ eine willkommene Ergänzung. Er zeigt, dass der von uns festgestellte Grad an Vertrauen in den einzelnen Ländern im Allgemeinen

VERTRAUEN SIE DARAUF, DASS DIE ETABLIERTEN MEDIEN IN IHREM LAND UNVOREINGENOMMEN UND EHRlich BERICHTEN?



„Die Menschen möchten sich lieber an lokalen Vereinen und Aktivitäten beteiligen, als an politischen.“

-Ostdeutsche*r Aktivist*in

¹⁰ https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2019-02/2019_Edelman_Trust_Barometer_Global_Report_2.pdf

¹¹ <https://trustgov.net/trustgov-blog>

den tatsächlichen Bewertungen im Hinblick auf eine gute Regierungsführung entspricht. Dabei schneiden Bulgarien und Rumänien am schlechtesten und Deutschland und Polen am besten ab.

Doch auch wenn unsere Untersuchung eine ähnliche Verteilung ergibt, ermittelten wir in den untersuchten östlichen Ländern ein Maß an Misstrauen, das im Vergleich zu anderen Studien außerger-

wöhnlich hoch ist. Dies kann als ein genereller, beunruhigender Verlust an Vertrauen in etablierte Informationsquellen und die Regierung gewertet werden, der über bloße Skepsis oder ausgewogene Kritik hinausgeht. Diese Entwicklung könnte unter Umständen die negativen Effekte russischer Desinformationskampagnen und der Einmischung Russlands in die Angelegenheiten europäischer Demokratien widerspiegeln.¹²

Die Zivilgesellschaft

POSITIVE AKTEURE

Im Rahmen unserer Umfrage bewerteten wir die Unterstützung, die verschiedenen nicht-staatlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen entgegengebracht wird, die in ihrer Gesamtheit allgemein als Zivilgesellschaft bezeichnet werden.

Wir fragten, ob es diesen Gruppen gestattet sein sollte, die Regierung zu kritisieren, und ob sie strenger reguliert werden sollten oder nicht. Die Unterstützung solcher Gruppen ist in einigen Ländern der Studie sehr problematisch geworden, da sie durch wiederholte Angriffe stark unter Druck geraten sind, insbesondere in Ungarn und Polen. Trotz des schwierigen politischen Klimas bleibt die Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen aber stark, vor allem, wenn es darum geht, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu bewahren. Eine Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass solche Organisationen NICHT stärker reguliert werden sollten und dass es ihnen freistehen sollte, die Regierung zu kritisieren.

„Gemeinnützige Organisationen übernehmen oft die Rolle des Staates bei der Hilfe der sozial Benachteiligten.“

– Slowakische*r Aktivist*in

In Bulgarien und Polen sind 72 Prozent bzw. 70 Prozent der Befragten der Meinung, dass es NGOs und gemeinnützigen Einrichtungen freistehen sollte, die Regierung zu kritisieren, gefolgt von 66 Prozent in Rumänien, 64 Prozent in Deutschland und der Slowakei, 55 Prozent in Ungarn und 50 Prozent in der Tschechischen Republik. Darüber hinaus vertritt die Mehrheit der Befragten in Polen, Bulgarien und Ungarn die Ansicht, dass die Zivilgesellschaft NICHT stärker reguliert und von der Regierung kontrolliert werden sollte.

Wir betrachteten zudem die Einstellung der Bürger*innen gegenüber anderen nicht-staatlichen Institutionen im Allgemeinen und stellten fest, dass wissenschaftlichen Einrichtungen in allen Ländern der Umfrage ein hohes Maß an Unterstützung entgegengebracht wird. Eine Mehrheit der Befragten – 82 Prozent in Bulgarien, 74 Prozent in Deutschland, 73 Prozent in der Slowakei, 72 Prozent in der Tschechischen Republik, 71 Prozent in Ungarn, 71 Prozent in Polen und 70 Prozent in Rumänien – ist der Meinung,

¹² https://www.ecfr.eu/article/commentary_russian_cyber_sins_and_storms

dass es akademischen Einrichtungen gestattet sein sollte, Kritik an der Regierung zu üben. Im aktuellen politischen Kontext Ungarns, wo die Regierungspartei Fidesz versucht, die Freiheiten akademischer Einrichtungen einzuschränken, sind diese Ergebnisse besonders hervorzuheben. Die Umfrage zeigt eindeutig, dass die ungarischen Bürger*innen mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sind.

Im Allgemeinen betrachten die meisten Befragten (66%) gemeinnützige Organisationen als wichtigste positive Akteure. Am stärksten überzeugt davon ist die jüngste Generation. So glauben 86 Prozent der Generation Z in der Slowakei, dass Wohltätigkeitsorganisationen positive Akteure sind. In Bulgarien lag dieser Anteil bei 80 Prozent, in Polen bei 79 Prozent, in der Tschechischen Republik bei 70 Prozent, in Rumänien bei 65 Prozent, in Deutschland bei 61 Prozent und in Ungarn bei 60 Prozent.

„Es ist traurig, dass wir das einzige Land in Europa sind, in dem die Menschen Krankenversicherungsbeiträge zahlen und sich zusätzlich an Spendenaktionen für medizinische Geräte beteiligen müssen.“

- Polnische*r Aktivist*in

Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse aus Polen angesichts der dramatischen Ereignisse, die das Land dieses Jahr erschüttert haben, bspw. die Ermordung des Danziger Bürgermeisters Paweł Adamowicz, der bei einer Spendenveranstaltung auf offener Bühne mit einem Messer niedergestochen wurde. Dem Angriff ging eine groß angelegte Hasskampagne voraus, in der auch die Regierung immer wieder zu schweren Verbalattacken gegen Adamowicz und die Organisation, für die er Spenden sammelte, ausgeholt hatte.

NGOs und andere nichtstaatliche Akteure sind immer häufiger politischen Angriffen¹³ und Hetzkampagnen ausgesetzt – dennoch halten nur 13 Prozent der Befragten aller Länder NGOs für negative Akteure. Zudem hat das Vertrauen in NGOs dem Edelman Trust Barometer von

2019 zufolge zugenommen. Politische Parteien hingegen werden von fast der Hälfte der Befragten aller Länder (44%) als negative Akteure bewertet.

„Gemeinnützige Organisationen lösen diese Probleme, wie die Bereitstellung von Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und die Bereitstellung von Hospizversorgung, viel besser als die Regierung.“

- Tschechische*r Aktivist*in

Grundsätzlich zeigen unsere Ergebnisse ein hohes Maß an Unterstützung für zivilgesellschaftliche Gruppen. Doch Unterstützung geht auch mit höheren Erwartungen einher. Es wurde zusätzlich die Frage gestellt, ob sich zivilgesellschaftliche Gruppen für jene Themen interessieren, die den normalen Bürgern wichtig sind. Mit der Ausnahme von Ungarn, wo über 50 Prozent der Befragten positiv antworteten, waren weniger als die Hälfte der Befragten in Bulgarien (48%), Rumänien (41%), Deutschland (40%), Polen (40%), der Tschechischen Republik (36%) und der Slowakei (35%) der Meinung, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen auf Themen konzentrieren, die ihnen wichtig sind.

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT

Die Mehrheit der Befragten in Bulgarien (73%), Rumänien (62%) und Ungarn (53%) sowie wichtige Minderheiten in der Slowakei (48%), Polen (40%), Deutschland (32%) und der Tschechischen Republik (30%) glauben, dass es für die Menschen schwierig ist – unabhängig von ihrem Hintergrund, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung – das Leben zu leben, das sie wollen.

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass soziale Gerechtigkeit den Befragten in allen Ländern ein besonders wichtiges Anliegen ist. So sprachen sich über zwei Drittel für mehr staatliche Unterstützung für ältere Menschen, Kinder, Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen aus. Demgegenüber zeichnete sich jedoch –

wohl wenig überraschend – ein anderes Bild in Bezug auf Migranten, Geflüchtete, ethnische Minderheiten und LGBTQ-Personen ab: Fast zwei Drittel der Befragten aller Länder vertreten die Auffassung, dass diese Gruppen bereits eine ausreichende staatliche Unterstützung erhalten.

Besonders häufige Erwähnung fanden ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen – mehr als drei Viertel der Menschen in nahezu allen Ländern waren sich einig, dass die Regierung für einen besseren Schutz dieser Gruppen sorgen sollte. In Bulgarien sprach sich unter allen Ländern mit 93 Prozent der Befragten die größte Mehrheit dafür aus, dass die Regierung älteren Menschen mehr Hilfe bieten sollte.

„Anti-Migranten-Propaganda wird uns überall aufgezwungen. Wir müssen das die ganze Zeit sehen und hören, es ist wie eine Gehirnwäsche. Letztendlich glauben normale Leute es dann auch.“

– Ungarische*r Aktivist*in

Im Gegensatz dazu ist nur rund ein Viertel der Befragten, in einigen Ländern sogar weniger, der Meinung, dass sich die Regierung verstärkt für den Schutz von Migranten einsetzen sollte. Die größte Unterstützung für Migranten zeigten die Befragten in Polen, doch selbst dort sprachen sich nur 27 Prozent für mehr Schutz aus. In der Tschechischen Republik gaben weniger als 10 Prozent (9%) der Umfrageteilnehmer*innen an, dass die Regierung Einwanderer besser schützen sollte. Dementsprechend gab es auch eine relativ geringe Befürwortung für den verstärkten Schutz von Geflüchteten. Die größte Zustimmung für eine bessere staatliche Unterstützung wurde in Polen verzeichnet. Dennoch belief sich diese lediglich auf rund ein Viertel der Bevölkerung (26%). In Ungarn waren weniger als ein Viertel der Ansicht, dass die Regierung Geflüchtete besser schützen sollte (22%) und in der Tschechischen Republik waren es nur 13 Prozent. Die Befragten in Polen (35%) und Ungarn (31%) gaben am häufigsten an, dass die Regierung sich verstärkt für

den Schutz ethnischer Minderheiten einsetzen sollte.

Ähnliche Ergebnisse verzeichneten wir in Bezug auf LGBTQ-Personen. Eine bessere staatliche Unterstützung von LGBTQ-Personen erhielt in Polen (38%) und Deutschland (31%) den größten Zuspruch, während die Slowakei und die Tschechische Republik die Schlusslichter bildeten. Unter den ehemaligen Ostblockstaaten sind die Befragten aus der Tschechischen Republik jedoch gegenüber gleichgeschlechtlicher Ehe und Homosexualität am Tolerantesten, die tschechische Regierung erwägt ein Gesetz zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen. Der niedrige Zuspruch für LGBTQ-Personen deutet darauf hin, dass die Befragten aus der Tschechischen Republik eine starke Forderung nach einem besseren staatlichen Schutz für traditionell marginalisierte Gruppen wie Arbeitslose, ältere Menschen und Behinderte äußern, verglichen zu den Fortschritten bei den LGBTQ-Rechten.

Insgesamt deuten diese Antworten darauf hin, dass sich die Solidarität eher auf den Schutz der eigenen Gruppe beschränkt und „andere“ aus dem Kreis der Schutzbedürftigen ausschließt. Die Ergebnisse lassen Fragen über das Maß an Toleranz und Offenheit in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas aufkommen. Sie scheinen ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit aufzuzeigen, nach dem für die eigenen Gruppen eindeutig ein höherer Schutz gefordert wird. Im Gegensatz dazu steht die Bereitschaft, sich mehr für „andere“ zu engagieren: Hier glauben die Befragten eindeutig, dass die Regierung genug getan hat.

„Zivilgesellschaft ist eine schmutzige Phrase,
weil die Regierung sie dazu gemacht hat.“

- Ungarische*r Aktivist*in

DIE SICHT DER AKTIVIST*INNEN

Wir haben unsere Fokusgruppen gefragt, was eine „offene Gesellschaft“ für sie bedeutet. Insgesamt war den Befragten der Begriff der „offenen Gesellschaft“ bekannt und sie wussten, dass damit eine tolerante Kultur gemeint ist, in der Akzeptanz für unterschiedliche Werte und Hintergründe herrscht. Sie waren allerdings nicht der Ansicht, dass diese Beschreibung auf die derzeitige Situation in ihren Ländern zutrifft. Insbesondere die Slowakei wird als eine sehr in sich geschlossene und konservative Gesellschaft wahrgenommen. In Polen wird darüber hinaus eine Entwicklung hin zu weniger Offenheit

und Toleranz beobachtet. In Rumänien verbanden die Befragten mit dem Begriff „offene Gesellschaft“ vor allem die Aspekte der Reise- und Meinungsfreiheit. Letzteres kam auch bei den Befragten in der Tschechischen Republik zur Sprache, wo Bedenken über die Benutzung einer politisch korrekten Sprache geäußert wurden. In Bulgarien stellt sich die Situation wiederum etwas anders dar: Hier scheinen die Befragten die offene Gesellschaft als Ideal anzuerkennen, fühlen sich aber durch die derzeitige Regierung daran gehindert, die damit einhergehenden Werte zu leben.

Die neue Generation

DIGITAL NATIVES

Die Digital Natives (Generation Z) stellen eine besonders interessante Avantgarde dar. Sie begegnen dem dominierenden Pessimismus mit einem ausgeprägten Aktivismus und der Überzeugung, einen Beitrag zu tief greifenden Veränderungen leisten zu können. Hinzu kommt eine breit gefasste Auffassung von sozialer Gerechtigkeit, die – im Vergleich zu vorherigen Generationen – deutlich stärker auf die Inklusion ethnischer Minderheiten, von LGBTQ-Gruppen, Geflüchteten und Migranten setzt. In dieser Generation ist die Ansicht, dass die Regierung mehr unternehmen sollte, um Migranten zu schützen, doppelt so verbreitet wie unter den Babyboomern. Sie üben stärkere Kritik am Establishment und scheinen am meisten um die Zukunft der Demokratie zu bangen. Zugleich schätzen sie den Wert der Errungenschaften von

1989 mehr als vorherige Generationen, was insbesondere für junge Menschen in Rumänien zutrifft. Aktuelle Umfragen des Pew Research Center bestätigen ihre feste Überzeugung, dass die Umstellung auf die Marktwirtschaft positiv für ihr Land war und dass die Veränderungen der vergangenen 30 Jahre der breiten Masse zugutegekommen ist.¹⁴ In Übereinstimmung mit unseren Ergebnissen wurde zudem festgestellt, dass diese Generation eine offenere Einstellung gegenüber Muslimen und Homosexualität vertritt als vorherige Generationen.¹⁵

Die allgemein optimistische und vertrauensvolle Einstellung dieser Generation,¹⁶ wie sie in jüngster Zeit im Rahmen vieler ausführlicher Studien aus der ganzen Welt beschrieben wurde, scheint durch das gegenwärtige politische Klima in Mittel- und Osteuropa auf die Probe gestellt zu werden. So zeigt die Generation Z in

¹⁴ Pew Research Center, October 15, 2019, *European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism*.

¹⁵ <https://www.austausch.org/news-details/the-generation-of-transition-in-eastern-europe-a-generation-of-uncertainty-a-generation-of-distrust-1787/>

¹⁶ https://www.ipsos.com/sites/default/files/2018-08/ipsos_-_beyond_binary_-_the_lives_and_choices_of_gen_z.pdf.

unserer Befragung die größte Besorgnis über den Zustand der Demokratie, vor allem angesichts einer Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit. In Polen haben sieben von zehn Befragten der Generation Z das Gefühl, dass die Rechtsstaatlichkeit ihres Landes bedroht ist, gefolgt von mehr als zwei Dritteln in Bulgarien und Rumänien sowie mehr als der Hälfte in der Tschechischen Republik. In Deutschland und der Slowakei, wo die staatlichen Strukturen generell gut bewertet werden, hegte weniger als die Hälfte der Befragten aus der Generation Z diese Bedenken. Ebenso verhielt es sich in Ungarn, wo Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit die größten Bedenken hervorrufen.

„Wie wir hier leben, kommt auf den Aspekt an, auf den man sich konzentriert. Wenn man morgens aufwacht und in seine Arbeit geht - ist es gut, hier zu leben, aber wenn ich über die politische und wirtschaftliche Situation nachdenke, mache ich mir Sorgen.“

- Polnische*r Aktivist*in

GENERATION Z UND DIE MEDIEN

Die Generation Z nutzt nahezu neun Stunden am Tag Medien und Kommunikationsmittel, wobei ein Drittel dieser Zeit auf die Kommunikation entfällt. Diese Generation ist durchgehend vernetzt. Interessanterweise zeigen Studien, dass dieser hohe Zeitanteil andere Tätigkeiten nicht behindert: Die Digital Natives verbringen nicht weniger Zeit mit anderen Aktivitäten als vorherige Generationen – sie haben ganz einfach die Fähigkeit entwickelt, verschiedene Dinge gleichzeitig zu tun.

Weit verbreitet gibt es Bedenken, wie sich Social Media, Gaming und die digitale Beschaffung von Informationen auf die Teilhabe der jüngsten Generation am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben auswirken können. Neuere Studien scheinen jedoch darauf hinzudeuten, dass die hemmende Wirkung der virtuellen Realität auf die Teilnahme an der realen Welt vor allem die erste digitale Generation – junge Millenials – betrifft, als die nach-

folgende, jüngste Generation.

Tatsächlich ist die Generation Z selten auf eine einzige Informationsquelle angewiesen und versucht stattdessen, Informationen aus einer Vielzahl von Quellen zu sammeln. Sie beschafft sich Informationen aus einer Vielzahl an Quellen und ist besser als frühere Generationen dazu in der Lage, Informationen zu diversifizieren und gegenzuprüfen, was mit ihrer geringeren Anfälligkeit für Desinformationen, Fake News und Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht wurde.¹⁷ Darüber hinaus ist diese Generation eng vernetzt und weist eine bemerkenswerte Fähigkeit zur schnellen und effektiven Mobilisierung auf, wie die jüngsten globalen Klimastreiks zeigen.

Angesichts der Leichtigkeit, mit der diese Generation durch die Informationslandschaft navigiert und soziale Medien für sich nutzt, ihrer relativ unvoreingenommenen und offenen Kultur sowie ihres Bewusstseins für Demokratie und die Lage unseres Planeten insgesamt hat sich diese Generation zu einem Hoffnungsträger für Veränderungen entwickelt. Die Vertreter*innen dieser Generation scheinen zuversichtlich, dass sie Änderungen herbeiführen können. Aus unserer Umfrage ergab sich, dass die Generation Z in den meisten Ländern – mit Ausnahme von Rumänien und Polen – stärker davon überzeugt ist als vorherige Generationen, einen Beitrag zu tief greifenden Veränderungen leisten zu können. Am weitesten verbreitet ist diese Ansicht unter jungen Menschen in der Tschechischen Republik. Tschechische Jugendliche beurteilen auch ihren politischen Einfluss besonders optimistisch. Insgesamt glauben mehr als sieben von zehn Vertreter*innen der Generation Z, die Politik stärker mitbestimmen zu können als vorherige Generationen.

JUNGE FRAUEN WEISEN DEN WEG

Bei einer genaueren Betrachtung der Generation Z wird deutlich, dass es einen allgemeinen Trend gibt, nach dem Frauen für Vielfalt am offensten sind und bezüglich der Fähigkeit, Veränderungen in großem Maßstab herbeizuführen, am meisten Optimismus haben.

Frauen der Generation Z zeigen ein umfassenderes Gefühl für soziale Gerechtigkeit als Männer dieser Generation. Das zeigt sich insbesondere in ihrer Unterstützung für einen stärkeren Schutz von LGBTQ-Gruppen und ethnischen Minderheiten durch die Regierung. Während bei den Frauen der Generation Z bis zu 51 Prozent der Meinung sind, dass LGBTQ-Gruppen besser geschützt werden sollten, sind es bei den Männern nur 31 Prozent. Zugleich sind 40 Prozent der Frauen und 33 Prozent der Männer dieser Generation der Meinung, dass ethnische Minderheiten besser geschützt werden sollten. 38 Prozent der jungen Frauen der Generation Z meinen zudem, dass Flüchtlinge besseren Schutz erfahren sollten. Bei den Männern teilen nur 24 Prozent diese Ansicht. Der gleiche Trend zeigt sich bezüglich der Einwanderer: 37 Prozent der Frauen der Generation Z meinen, dass diese Gruppe besser geschützt werden sollte, während bei den Männern 27 Prozent dieser Auffassung sind.

Junge Frauen der Generation Z sind auch optimistischer als Männer, wenn sie ihre aktuelle Situation mit der Situation der Menschen in ihrem Land vor 30 Jahren vergleichen. Zwei Drittel der Frauen (66%) sind der Meinung, dass sie im Allgemeinen mehr Möglichkeiten haben als die Menschen im Jahr 1990. Diese Ansicht teilt nur die Hälfte der Männer der Generation Z. Mehr als die Hälfte der Frauen der Generation Z denkt, dass sie mehr Möglichkeiten haben als vor 30 Jahren in der Politik mitzureden (53%); bei den jungen Männern sind es 46 Prozent. Frauen sind auch optimistischer, was ihre Möglichkeiten betrifft, den Wandel in großem Umfang (47%) zu beeinflussen, verglichen mit Männern (39%).

Der beobachtete Geschlechtertrend spiegelt auch einen zentralen Kern der Generation Z bei der Definition ihrer individuellen Identität wider. In gewisser Weise zeigt diese Generation ein Identitätsdilemma, das auch für Mitteleuropa im Allgemeinen relevant ist. Auf der einen Seite gibt es einen die eigene Nation bevorzugenden, reaktionären Trend, der sich gegen eine Verwässerung der nationalen Identität richtet und sich gegen den zu schnellen Angleichungsprozess an der westen wendet. Auf der anderen Seite herrscht eine Kraft vor, die Multikulturalismus, Pluralismus und Offenheit gegenüber anderen umfasst, wobei bürgerliche und individuelle Freiheiten als Fortschritt betrachtet werden.

„Die Qualität der Beteiligung der Öffentlichkeit an sozialen und politischen Angelegenheiten wird sich in den kommenden Jahren nur verschlechtern.“

- Ungarische*r Aktivist*in

DIE SICHT DER AKTIVIST*INNEN

Ein wichtiges Thema, das von den Fokusgruppen – vor allem in Deutschland – genannt wurde, ist die politische Polarisierung. Die Teilnehmer*innen sind der Meinung, dass die Probleme in diesem Bereich immer größer werden und sowohl auf Sensationsnachrichten in den Medien zurückzuführen sind als auch darauf, dass die Menschen

sich in den sozialen Netzwerken zunehmend in „Blasen“ von Gleichgesinnten bewegen. In Polen kam zur Sprache, dass die autokratische Rechtsregierung der Verbreitung des Populismus über Propaganda den Boden bereitet und respektvollen, sachlichen politischen Diskurs unmöglich macht.

FALLS ZUTREFFEND: WIE BESORGT SIND SIE DARÜBER, DASS BÜRGER*INNEN IHRES LANDES DAS LAND VERLASSEN, UM IM AUSLAND ZU LEBEN?



Ist die Angst vor der Emigration größer als die Angst vor der Immigration?

„Ich kann nicht auswandern, aber ich hoffe, mein Kind wird es tun.“

- Bulgarische*r Aktivist*in

Bedauerlicherweise wird die neue Generation tatkräftiger, toleranter und gebildeter Frauen womöglich nicht zur Antriebskraft für Veränderungen im eigenen Land, da viele von ihnen die Länder Mittel- und Osteuropas verlassen könnten. In allen Ländern außer Deutschland sorgt sich etwa die Hälfte der Befragten – in einigen Fällen mehr – wegen des „Braindrains“. Die Abwanderung der Fachkräfte könnte in den betroffenen Ländern eine entsprechende Lücke hinterlassen. Etwa zwei Drittel der Befragten in Rumänien (67%), Bulgarien (65%) und Polen (62%) sind besorgt über eine hohe Abwanderung ins Ausland. Unter den Vertretern der ältesten Generation liegen die Werte sogar noch höher: Hier beträgt der entsprechende Anteil 87 Prozent in Bulgarien, 78 Prozent in Polen, 64 Prozent in Ungarn und 61 Prozent in der Tschechischen Republik. Insbesondere

den Millennials in der Slowakei – mehr als zwei Dritteln (70%) – bereiten die Folgen der hohen Auswanderung Sorgen. Laut einer großangelegten Umfrage, die der European Council on Foreign Relations¹ dieses Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament durchführte, sorgten sich Wähler in der Tschechischen Republik, in Polen und Rumänien mehr darüber, dass Menschen ihr Land verlassen als über Zuwanderung. Dies war trotz des Versuches der nationalistischen Parteien, die Parlamentswahlen zu einem Referendum über Migration zu machen, der Fall.

Beide Ängste können jedoch leicht in Bedenken über eine Erosion der nationalen Identität übergehen – ein Thema, das von rechtspopulistischer Rhetorik eifrig genutzt wird.

¹ https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_2019_European_election

Demokratie, zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivismus

In allen Ländern gaben mehr als zwei Drittel der Befragten an, in den letzten zwölf Monaten an mindestens einer zivilgesellschaftlichen Aktion teilgenommen zu haben.¹⁸

Die höchste Beteiligung gab es mit sieben von zehn Bürgern*innen in der Slowakei, während die Beteiligung in Deutschland mit rund 50% am niedrigsten war. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die aktive demokratische Teilhabe in Deutschland einen größeren Umfang an Beteiligungsmöglichkeiten umfasst, insbesondere durch ein aktives und umfassendes politisches Engagement. Hervorzuheben ist an dieser Stelle die besonders aktive Gruppe der jungen, grünen Wähler*innen, von denen sich 87 Prozent aktiv zivilgesellschaftlich engagieren. Allgemein war festzustellen, dass sich jüngere Menschen signifikant häufiger engagieren als ältere Menschen und Frauen häufiger als Männer.

„Eine nationale Empörung kann dazu führen, dass Menschen zusammenkommen, um zu demonstrieren, wie sie es in der Slowakei nach der Ermordung der beiden jungen Menschen getan haben.“

- Slowakische*r Aktivist*in

Diejenigen, die an zivilgesellschaftlichen Aktionen teilnahmen, unterschieden sich von denjenigen, die kein Engagement zeigten dadurch, dass den Erstgenannten demokratische Werte stärker am Herzen liegen. In allen Ländern der Umfrage gab eine Mehrheit der aktiven Teilnehmer*innen an, dass die Demokratie in ihrem Land bedroht sei. Unter den Befragten, die in den vergangenen zwölf Monaten nicht an zivilgesellschaftlichen Aktionen beteiligt waren, vertrat lediglich eine Minderheit diese Auffassung. Ebenso äußerten sich die zivilgesellschaftlich aktiven

Teilnehmer*innen in allen Ländern weit- aus besorgter über eine Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit als die nicht engagierten Gruppen. Mit Ausnahme der Slowakei sorgten sich die zivilgesellschaftlich engagierten Befragten zudem stärker um die Redefreiheit in ihrem Land.

„Viele junge Leute haben sich 2012 den Protesten gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Anti-Produktpiraterie- Handelsabkommen) angeschlossen, weil sie einen offenen Zugang zum Internet wollten. Es war wichtig für sie, also gingen sie auf die Straße.“

- Polnische*r Aktivist*in

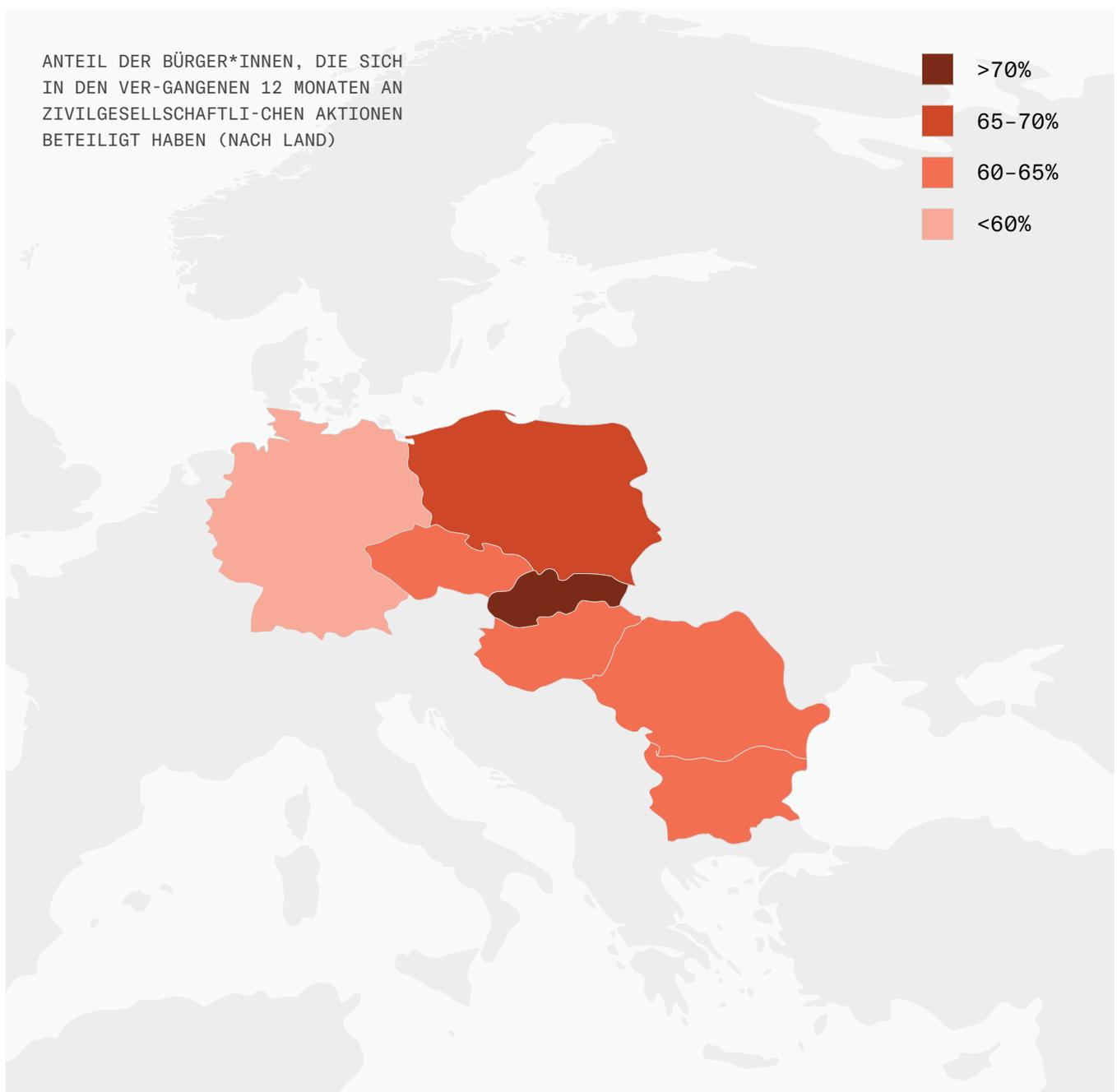
Aus den Umfrageergebnissen lässt sich ein Profil zivilgesellschaftlich engagierter Bürger*innen ableiten: Es sind vor allem die Engagierten in Osteuropa, die demokratische Werte schützen und dabei eher wie Dissidenten als im Sinne des Establishments handeln. Frauen sind stärker unter ihnen vertreten als Männer. Unsere quantitativen Ergebnisse stellen eindeutig das Narrativ vom Aufstieg rechtsnationalistischer Gruppen in der gesamten Region infrage. Obwohl diese eindeutig ein Problem darstellen, sind sie zugleich in der Minderheit und innerhalb des aktivsten Teils der Bevölkerung zahlenmäßig unterlegen. Das entspricht aktuellen Umfrageergebnissen des European Council on Foreign Relations, nach denen sich die Befragten weitaus mehr um Wirtschaftsleistung und Korruption sorgen als um Einwanderung. Auch der Klimawandel ruft große Sorgen hervor; die Mehrheit der Personen in der befragten Mit-

¹⁸ Zu den Aktionen zählen: Teilnahme an einer Protestaktion, Demonstration, oder Kundgebung, Verfassen eines Blogs oder Beitrags zu einem bestimmten Thema, Unterzeichnung einer Petition, Spenden an eine gemeinnützige Organisation, Kontaktaufnahme mit einem Mandatsträger zu einem bestimmten Thema, Boykott der Produkte oder Dienstleistungen eines Unternehmens aufgrund eigener Überzeugungen oder dessen Geschäftspraktiken und Beitritt zu einer gemeinnützigen oder politischen Organisation.

gliedstaaten befürwortet die Einführung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, auch auf Kosten der Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Diese Bereitschaft Dissens zu zeigen hat zu der jüngsten Welle an Protesten in osteuropäischen Staaten beigetragen. In der Tschechischen Republik, Rumänien und der Slowakei schlossen sich Zehntausende den Massenprotesten gegen Korruption auf höchster Regierungsebene an, während in Bulgarien Proteste gegen

die Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts durch die Regierung stattfanden. In Polen halten sowohl Kritiker*innen als auch Unterstützer*innen der Regierung nahezu jeden Tag Demonstrationen in der Hauptstadt ab, seit die konservative PiS-Partei vor vier Jahren die Alleinregierung übernommen hat. Und in Berlin gingen im September Schätzungen zufolge 270.000 Menschen im Rahmen des Global Climate Strikes auf die Straße.



„Unsere Regierung wird auf die Proteste der Bevölkerung hören und sogar reagieren, aber nur, wenn sie massiv genug sind.“

-Bulgarian activist

DIE SICHT DER AKTIVIST*INNEN

Grundsätzlich betrachteten die Aktivist*innen in den Fokusgruppen die Möglichkeit, durch zivilgesellschaftliches Engagement einen Wandel herbeizuführen sowie die potenziellen Auswirkungen eines solchen Engagements pessimistisch. Dabei bestehen durchaus Unterschiede zwischen den Ländern, wobei der Optimismus in Polen und Bulgarien am größten zu sein scheint.

In anderen Ländern herrschte hingegen eine deutlich fatalistischere Einstellung. Die vorherrschende Überzeugung war, dass die Regierung alle Karten in der Hand hält und die Zivilgesellschaft nichts ausrichten kann, obwohl einige Regierungskritiker*innen in jüngster Zeit Fortschritte auf politischer Ebene erzielt haben.

So hatten die Befragten in der Slowakei das Gefühl, dass die Regierung den Bürgern nicht zuhört und die Gewerkschaften schwach sind, obwohl Ministerpräsident Robert Fico zum Rücktritt gezwungen wurde. Auch in Rumänien fühlten sich die Teilnehmer*innen aufgrund eines undurchsichtigen und korrupten politischen Systems nicht dazu in der Lage, Veränderungen durchzusetzen. Und das trotz der Massenproteste gegen Korruption und der Verurteilung von Liviu Dragnea, dem Vorsitzenden der rumänischen Sozialdemokraten, zu einer Gefängnisstrafe im Mai diesen Jahres.

In Ungarn waren die Befragten skeptisch, dass die allgemeine Öffentlichkeit umfassende Veränderungen bewirken kann. Als Grund dafür, dass eine solche Mobilisierung nicht funktioniert, führten sie einen Mangel an Beharrlichkeit und Zusammenhalt an. Interessanterweise nannten sie auch eine mangelnde Führung als Grund – das Fehlen charismatischer Persönlichkeiten, die die Massen einbeziehen und mobilisieren könnten. Diese Einschätzung ist womöglich darauf zurückzuführen, dass die Proteste der Liberalen in Budapest im Jahr 2018 gegen die von der Regierung erzwungene Schließung der Central European University scheiterten, ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung, die die Regierung nicht dazu bringen konnte, neue Arbeitsgesetze zurückzunehmen. Die Gesetze wurden von Kritikern als „Sklavengesetze“ bezeichnet, von denen ausländische Investoren profitierten, während die Rechte der Arbeitnehmer massiv beschnitten würden.

Dieser Punkt kam auch in Deutschland zur Sprache, wo Greta Thunberg als gutes Vorbild genannt wurde. Die Befragten in der Tschechischen Republik nähern sich

der Frage, ob die Zivilbevölkerung wirklich einen direkten Wandel herbeiführen kann, generell pessimistisch. Um echte Veränderungen anzustoßen, stand die Wahl „besserer Politiker“ im Vordergrund.

In Bulgarien herrschte hingegen eine ganz andere Stimmung vor. Hier glaubt man, dass der Einfluss der Bürger*innen Veränderungen bewirken kann und dass sich dies auf lokaler Ebene schon häufig gezeigt hat. Allerdings waren die Befragten der Ansicht, dass eine stärkere öffentliche Beteiligung notwendig sei, um tiefgreifende Veränderungen umzusetzen. Dies könnte möglicherweise durch eine breitere Kommunikation zur Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktionen erreicht werden. Die Befragten in Polen waren insgesamt optimistisch, fügten jedoch hinzu, dass Aktivist*innen die Themen, für die sie sich engagieren, oftmals nicht umfassend genug verstehen und daher mit ihren Protesten scheitern könnten.

Die Art und Weise, wie der Öffentlichkeit Alternativen zum Status quo präsentiert und „angepriesen“ werden, zog sich wie ein roter Faden durch alle Gruppen. In der Tschechischen Republik und in Ungarn wurde der Brexit als Beispiel dafür genannt, was geschehen kann, wenn Menschen sich gegen etwas entscheiden (in diesem Falle die EU-Mitgliedschaft), ohne sich darüber im Klaren zu sein, worüber sie eigentlich abstimmen. Wenn Alternativen zu derzeitigen Systemen überzeugender präsentiert würden, könnten vielleicht mehr Menschen dazu motiviert werden, sich zu engagieren. Auch die Rolle des Internets wurde erwähnt, wobei die Befragten in Ungarn darauf verwiesen, dass damit zwar Botschaften effektiv verbreitet werden könnten, aber auch die Gefahr bestünde, dass der politische Gegner einen Nutzen daraus ziehe: Wer am besten mit dem Netz umgehen könne, habe die Oberhand. Zu einem späteren Zeitpunkt brachten auch die Teilnehmer*innen in Bulgarien das Thema Technologie ein und diskutierten, wie die sozialen Medien das zivilgesellschaftliche Engagement ausbremsen könnten, da dort eine „eher passive Art der Meinungsäußerung“ vorherrsche.

WEITERE EINZELHEITEN ZUR „MACHT IN DEN HÄNDEN DES VOLKES“ UND IHRER ENTWICKLUNG

In allen Gruppen herrschte der klare Eindruck vor, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in den letzten Jahren zurückgegangen sei. In vielen Ländern führten die Befragten politische Apathie als einen Grund an, wobei die älteren Gruppenmitglieder das Gefühl haben, dass die jungen Menschen heute weniger an Politik interessiert sind als sie in der Vergangenheit. In einigen Ländern, wie bspw. Bulgarien und Rumänien, war man der Auffassung, dass sich dieses Problem durch die Emigration noch verschärft.

Möglicherweise verbreiteter war allerdings die Ansicht, dass der Rückgang des Engagements nicht auf Apathie zurückzuführen ist, sondern auf das Gefühl, dass es wirkungslos sei. Auch dies wurde auf verschiedene Weise begründet. In der Slowakei führten die Befragten beispielsweise einen mangelnden Zusammenhalt an, der die Mobilisierung der Massen erschwere, sowie ein politisches System, das darauf ausgerichtet sei, sie zu verhindern. Am stärksten war der Pessimismus in Rumänien ausgeprägt, wo die Befragten von der politischen Willensbildung desillusioniert zu sein scheinen. Allgemein sahen sie nicht eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft als den besten Weg an, um Veränderungen herbeizuführen, sondern die Erhöhung des Drucks auf die Politiker, die unter Androhung von Strafe gezwungen werden sollten, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten.

In einigen Ländern wie der Tschechischen Republik wird von einer Zunahme der Bürokratie und einem Rückgang der Demokratie im Verlauf der Jahre seit dem Mauerfall berichtet – in gewisser Hinsicht wird hier also ein Rückfall in vergangene Zeiten beobachtet. Die derzeitige Entwicklung scheint Aktivismus also nicht zu fördern, sondern genau das Gegenteil zu bewirken. So berichteten einige Befragte, dass es sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene Volksabstimmungen gab, deren Ergebnisse von den Politikern jedoch nicht umgesetzt wurden, wodurch das weit verbreitete Misstrauen in das System noch verstärkt wurde.

Für die Befragten in Bulgarien spielen dabei mehrere Themen eine Rolle: In der Gruppe wurde beispielsweise darüber diskutiert, inwiefern zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt messbar sei, da es sich dabei nicht nur um Proteste auf der Straße handelte, sondern auch um die Nutzung digitaler Kommunikation und Organisation. Im Zusammenhang damit stehe der Umstand, dass gesellschaftliches Engagement und die Anliegen, für die Aktivist*innen eintreten, eher diffus und weniger fokussiert scheinen, und – wie bereits angesprochen – oftmals keine klaren Alternativen und eindeutige Wahlmöglichkeiten präsentiert würden.

In der Slowakei herrschte zudem der Eindruck, dass das zivilgesellschaftliche Engagement – und damit auch der Optimismus – seit dem Niedergang des Kommunismus zurückgegangen sei. Zugleich wurde eine Zunahme des Aktivismus in kleinerem Rahmen und mit Schwerpunkt auf stärker lokal ausgerichteten Themen erwähnt, von denen die Menschen annehmen, dass diese für Engagierte zugänglicher seien. Dies war auch in Polen der Fall, wo eine wesentlich stärkere Überzeugung unter Aktivist*innen herrschte, dass Entscheidungen auf lokaler Ebene beeinflusst werden können – etwa durch die Beschaffung von Geldern und öffentliche Zusammenkünfte. Wenn jedoch versucht würde, Ergebnisse auf die nationale Ebene zu übertragen, erweise sich das Misstrauen gegenüber Politikern und dem System sowie Bedenken bezüglich der demokratischen Kontrolle als Hürden. In Deutschland wird Aktivismus unseren Ergebnissen zufolge für erstrebenswert und machbar gehalten. Das Ausbleiben nennenswerter Fortschritte führe dagegen zu Frustration.

ZUNAHME VON ÖFFENTLICHEM ENGAGEMENT UND AKTIVISMUS

In allen Gruppen bestand Einigkeit darüber, dass mehr zivilgesellschaftlicher Aktivismus im eigenen Land wünschenswert wäre, wobei sich die Umsetzung in den einzelnen Ländern unterschiedlich schwierig gestalten dürfte. In Polen und Ungarn wurden Apathie und Individualismus als Hemmnisse ins Feld geführt. Junge Menschen seien zu egoistisch und müssten an das Engagement derjenigen erinnert werden, die in der Vergangenheit für Gerechtigkeit gekämpft haben. In der Slowakei wurde definitiv die Möglichkeit gesehen, junge Menschen durch die Vermittlung der Wichtigkeit von Aktivismus sowie eines soliden moralischen Fundaments zu mobilisieren. Dies war auch in Rumänien der Fall, wo die Notwendigkeit genannt wurde, „rein zivilgesellschaftliches Engagement“ voranzutreiben. In Bulgarien wurde die Vermutung geäußert, dass ehemalige Emigranten, die nun ins Land zurückkehren, sich am besten als Aktivist*innen eignen würden, da sie Erfahrung mit anderen Herangehensweisen mitbringen würden. Die Befragten in Deutschland sahen aufgrund des hohen Lebensstandards im Land wenig Gründe für Protest und so fiel Deutschland auch hier wieder aus der Reihe.

Unsere Untersuchung ergab überraschend fatalistische und pessimistische Einstellungen im Hinblick auf die Bereitschaft zu breit angelegtem zivilgesellschaftlichem Engagement und dessen Auswirkungen – insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich die befragten Personen selbst aktiv engagieren.

Gemeinsam war allen Gruppen, dass es den älteren Teilnehmern*innen ein Anliegen war, den jüngeren verständlich zu machen, dass sie eine Zeit tiefgreifender politischer Umbrüche erlebt hatten und ihnen die Rolle

und den Beitrag von zivilgesellschaftlichem Engagement in diesem Kontext näherzubringen. Sie waren der Ansicht, dass junge Aktivist*innen wesentlich mehr Empathie mit älteren Aktivist*innen aufbringen sollten, die nach dem Fall der Berliner Mauer für eminent wichtige Ziele gekämpft hatten, wie etwa die künftige politische Ausrichtung ihrer Länder und deren Stellung in der Welt.

Indessen berichteten die Teilnehmer*innen, dass ein Großteil ihres derzeitigen Engagements in kleinerem Rahmen ablaufe und stärker lokal und sozial ausgerichtet sei, statt solch große Ambitionen zu verfolgen. Dies ist eine wichtige Erkenntnis und womöglich sowohl Ursache als auch Folge des Gefühls, dass es unmöglich ist, die oft korrupten und eigennützig handelnden herrschenden Eliten ihrer Länder dazu zu bringen, im Namen des Volkes Veränderungen herbeizuführen. Aktuell könnte der Klimawandel als eine Herausforderung, die den gesamten Planeten betrifft, die Aktivist*innen mobilisieren, diese Hindernisse zu überwinden.

Sicherlich erreicht der heutige Aktivismus nicht die Schlagkraft des Jahres 1989. Es herrscht jedoch das Gefühl, dass sich das Engagement auf die lokale Ebene verlagert hat. Heute geht es weniger darum, die Massen zu mobilisieren, sondern eher darum, die „Herzen und Köpfe“ zu gewinnen. Dieser Kampf wird oftmals auf der digitalen Ebene und über einen längeren Zeitraum geführt. Wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind – ein Anliegen, dass die Menschen zusammenbringt, eine überzeugende Führung und der Glaube daran, echte Veränderungen bewirken zu können, – ist es durchaus möglich, dass die Menschen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks erneut die Zuversicht verspüren, dass sie ihre Länder mit gemeinsamem Engagement zum Besseren verändern können.

Zudem haben sie die Freiheiten, die sie nach 1989 errungen haben, noch nicht ganz aufgegeben. So herrscht nach wie vor eine hohe Beteiligung an Protesten und Petitionen und die Menschen glauben weiterhin daran, dass sie tief greifende Veränderungen bewirken können.

Diese Beobachtungen gelten auch für Länder, die in dieser Studie nicht berücksichtigt wurden. Auch in den Industrieländern manifestieren sich mittlerweile die Folgen der Krise von 2008 und die entsprechenden politischen Reaktionen. Die etablierte Politik zahlt einen Preis und muss ihr Angebot an die Wähler*innen neu ausrichten. Diese Ergebnisse schüren Hoffnung und Optimismus: Die Menschen setzen sich mit ihren Grundfreiheiten auseinander, sie sorgen sich um die Zukunft und sie wollen positive Veränderungen.

Schlussfolgerungen

Die Erkenntnisse aus unserer Umfrage deuten auf eine düstere Lage in den untersuchten Ländern hin, die Risiken und Ängste um die Zukunft der Demokratie, der Freiheit und der Sicherheit birgt.

Dies entspricht auch der allgemeinen Einschätzung der Region, die sich in Medienberichten sowie in einigen der negativen Ergebnisse der umfassenden Umfrage European Public Opinion Three Decades after the Fall of Communism, die das Pew Research Center vor Kurzem durchgeführt hat, widerspiegelt. Zusammengekommen bilden all diese Faktoren offenkundig einen Nährboden, auf dem Populismus und freiheitsfeindliche Tendenzen gedeihen können.

Andererseits zeigen unsere Ergebnisse trotz der tiefen Besorgnis ganz klar, dass das zivilgesellschaftliche Engagement einer großen Mehrheit der Menschen die aktive demokratische Teilhabe ermöglicht.

Angst, Frustration, wirtschaftliche Not und Unzufriedenheit mit dem Status quo bergen das Risiko, dass wir uns in die Arme des Populismus treiben lassen. Doch der Jahrestag des Berliner Mauerfalls erinnert uns daran, dass Unzufriedenheit auch Impulse für wichtige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderungen liefern kann.

Vielleicht sind die heutigen Ängste in gewisser Weise notwendig, um uns anzutreiben, damit wir die Energie der jüngsten Generation positiv nutzen und die drängendsten Herausforderungen für ein zivilgesellschaftliches Engagement und eine Mobilisierung nutzen können.

Methodik

QUANTITATIVER TEIL

Die Befragung fand zwischen dem 21. August und dem 13. September 2019 statt. Insgesamt wurden 12.537 Erwachsene befragt, mit repräsentativen Stichproben N=1.000 in der Slowakei, N=2.005 in der Tschechischen Republik, N=2.018 in Ungarn, N=2.000 in Polen, N=1.505 in Bulgarien, N=2.000 in Rumänien und N=2.009 in Deutschland.

Für die Untersuchung wurde eine Online-Befragung unter Mitgliedern des Panels von YouGov Plc GB durchgeführt, das mehr als 185.000 Einzelpersonen umfasst, die einer Teilnahme an Umfragen zugestimmt haben. Aus der Gruppe der Panel-Mitglieder, die der Stichprobendefinition entsprachen, wurden nach dem Zufallsprinzip Mitglieder ausgewählt, die per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und einen Link zur Umfrage erhielten. (Die Stichprobendefinition kann beispielsweise „erwachsene Personen in Großbritannien“ lauten oder eine Teilmenge dieser Gruppe wie „erwachsene weibliche Personen in Großbritannien“ beinhalten.) In der Regel verzeichnet YouGov Plc bei Umfragen eine Antwortrate zwischen 35 Prozent und 50 Prozent, diese variiert jedoch je nach Thema, Komplexität und Länge des Fragebogens. Die Stichprobe der erhaltenen Antworten wird nach dem Profil der Stichprobendefinition gewichtet, um ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten. Das Profil beruht üblicherweise auf Daten aus Volkszählungen oder, falls solche nicht vorliegen, auf branchenüblichen Daten.

QUALITATIVER TEIL

YouGov führte in sieben EU-Ländern persönliche Gespräche im Rahmen von Fokusgruppen. Die Gespräche mit diesen Gruppen fanden jeweils in der Hauptstadt des Landes statt (Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Ungarn, Polen, Rumänien und Slowakei Statt). Für die

Fokusgruppen wurden ausschließlich politisch aktive Personen rekrutiert, die folgende Kriterien erfüllten:

- Personen, die an mindestens einer Form der öffentlichen Meinungsäußerung, einem Protest oder einer Demonstration teilgenommen hatten
- Mitglieder religiöser/sozialer/beruflicher Gemeinschaften und Organisationen
- Personen, die an mindestens einem parteipolitischen Treffen teilgenommen hatten
- Personen, die Petitionen unterzeichnet oder einen politischen Vertreter schriftlich kontaktiert hatten

Die einzelnen Gruppen umfassten politisch aktive Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen und Zugehörigkeiten, von denen sich einige bereits 1989 engagiert hatten, während andere jüngeren Generationen von Aktivist*innen angehörten. Die Untersuchung zielte darauf ab, die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der heutigen Gesellschaft zu untersuchen und zu ermitteln, ob die Macht in den Händen des Volkes heute die gleiche Rolle spielt wie 1989 beim Fall der Berliner Mauer. Die qualitative Umfrage bildet eine repräsentative Stichprobe ab. Weil die Teilnehmer*innen der Fokusgruppen entweder in den Hauptstädten oder den umliegenden Ballungsgebieten leben sei darauf hingewiesen, dass ihre urban geprägten Ansichten möglicherweise nicht der Perspektive der Menschen anderen Teilen ihres Landes entsprechen.

**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**